

Synopse der Antworten auf die Wahlprüfsteine des Flüchtlingsrates

Fragestellung	CDU	LINKE	FDP	SPD	Grüne
1. Arbeitsstruktur <ul style="list-style-type: none"> • Integrationsbeauftragter • Ausstattung • Kommunale IB 	<ul style="list-style-type: none"> • Landesregierung gut aufgestellt • Ob Kommunale IB: Entscheidung obliegt den Kommunen 	<ul style="list-style-type: none"> • Offenheit der Einrichtung einer Stelle gegenüber • möglich aber auch alternativ die Stärkung der Stelle im SM • Unterstützung, wo Bedarf gegeben ist 	<ul style="list-style-type: none"> • Überprüfung der vorhandenen Strukturen auf Wirksamkeit • Übertragung der Aufgaben auf die Gleichstellungsbeauftragten möglich 	<ul style="list-style-type: none"> • Integrationsbeauftragte angesichts vorhandener Strukturen nicht notwendig • „Wir“ haben den Beirat eingerichtet 	<ul style="list-style-type: none"> • Stelle des IB gefordert • höherer Stellenwert gewünscht → Thema in der Staatskanzlei ansiedeln/Querschnittsaufgabe • Besseres Integrationskonzept erforderlich: Fristen, Zuständigkeiten, Kosten formulieren • Unterstützung der Kommunen
2. Integration ab dem 1. Tag des Aufenthalts <ul style="list-style-type: none"> • Unterbringung in Wohnungen statt in Gemeinschaftsunterkünften • Schließung der Landesgemeinschaftsunterkunft in Nostorf/Horst • Verlegung der Erstaufnahmeeinrichtung/LGU in eine Stadt, in der Zugang zu Rechtsanwälten, Beratungsstellen, Vereinen u.a. Angeboten besteht • Deutschkurse 	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesrechtliche Vorschriften stehen aus • Gegenwärtige Praxis der Erstaufnahme und Unterbringung hat sich bewährt. Daran halten wir fest. • Sprachliche und soziale Defizite („Ellibogenmentalität“) wie auch kulturelle Sozialisation und Verhaltensauffälligkeiten (Fluchtfolgen) sprechen gegen dezentrale Unterbringung • Menschen leben nicht im „Dschungel“ • Rechtsanwälte usw. sind gut erreichbar • Lichtenhagen 	<ul style="list-style-type: none"> • Gleiche politische, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Rechte, gegen Ausgrenzung • dezentrale Unterbringung sofort in Angriff nehmen • Verlegung EAE in größere Kommune • Kostenlose Deutschkurse für Fl. 	<ul style="list-style-type: none"> • Integration beginnt am 1. Tag des Aufenthalts • schnellere dezentrale Unterbringung • Schließung der EAE und Verlegung in eine Stadt, in der Zugang zu RA, Beratungsstellen, Vereinen u.ä. Angeboten bestehen 	<ul style="list-style-type: none"> • Unterbringung erfolgt in Horst • Regeln der Unterbringung beschrieben • Horst hat besondere Bedeutung für besondere Fälle • Erst abwarten, wer in Deutschland bleibt, dann erst Deutschkurse 	<ul style="list-style-type: none"> • Gegen Sondergesetze • Ausgrenzung erzeugt Fremdenangst • Gegen Lagerhaltung--> Unterbringungsgesetz ändern • Verlegung der EAE in größere Stadt mit Zugang zu RA, Beratungsstellen und Unterstützungsstrukturen • Deutschkurse: Öffnung der BAMF-Kurse für AsylbewerberInnen und Geduldete per Bundesratsinitiative, bis dahin Landesförderung

Fragestellung	CDU	LINKE	FDP	SPD	Grüne
3. Beratungsstellen	<ul style="list-style-type: none"> Rechtsberatung in EAE hat sich bewährt Aushänge in EAE vorhanden 	<ul style="list-style-type: none"> Beratung muss für FI. unentgeltlich sein Qualitäts- und Beschwerdemanagement einführen Beratungsangebote erhalten, stärken, ausbauen 	<ul style="list-style-type: none"> Überprüfung vorhandener Strukturen auf Wirksamkeit Verbesserung und ggf. Weiterentwicklung verkehrsmäßige Erreichbarkeit garantieren 	<ul style="list-style-type: none"> Beratungsstellen sind sinnvoll. 	<ul style="list-style-type: none"> Zu wenige, Netz zu grobmaschig → Umverteilung der FI. In die Nähe von Beratung Beratungsnetz erhalten und ausbauen, dazu: Mittelverteilung nach anderen Kriterien als FI.- oder EW-Zahl ESF auf Integration und Beratung ausdehnen Querverweis zu 1.
4. Residenzpflicht	<ul style="list-style-type: none"> CDU trägt die Ausdehnung auf das Bundesland nicht mit Verweis auf die bewährte Bundesregelung sichert Mitwirkung 	<ul style="list-style-type: none"> Es bedarf einer Gesetzesinitiative auf Bundesebene Für MV: auf das Bundesland ausdehnen 	<ul style="list-style-type: none"> Bestehende Residenzpflicht kann/soll keinen Bestand haben Bundes und Landesrecht so ändern, dass die RP auf das Bundesland ausgeweitet wird, insbesondere wegen Mobilität am Arbeitsmarkt 	<ul style="list-style-type: none"> Bei geduldeten Ausländern ist zu erwarten, dass sich die Residenzpflicht künftig auf das gesamte Bundesland erstreckt. Für Gestattete gibt es die gelockerte RP mit den 4 Bereichen eine Initiative zur Abschaffung der Residenzpflicht wird nicht angestrebt. 	<ul style="list-style-type: none"> abschaffen bis dahin auf Landesebene: Erleichterung im Rahmen der Bestimmungen: Ausdehnung auf MV
5. Kommunikation	<ul style="list-style-type: none"> Erforderliche Kosten werden im Rahmen des Asylverfahrens erstattet, ebenso im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes Keine Notwendigkeit, diese praxistauglichen Regelungen zu modifizieren 	<ul style="list-style-type: none"> Verfügbarkeit von Dolmetschern vor Ort interkulturelle und sprachliche Kompetenzen bei Mitarbeiter/innen von Anlaufstellen und Unterkünften Sprachkurse Situationskatalog begrüßt: Sozialpartner/innen einbeziehen, Ausnahmesituation für unvorhergesehene Fälle 	<ul style="list-style-type: none"> Prüfung und ggf. Einrichtung eines Dolmetscherpools 	<ul style="list-style-type: none"> Katalog ist wenig hilfreich Besser ist die Hinzuziehung von Dolmetschern je nach konkreter Lebenssituation. 	<ul style="list-style-type: none"> Dolmetscherpool gefordert

Fragestellung	CDU	LINKE	FDP	SPD	Grüne
<p>6. Schutzbedürftigkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Förderung einer Vollzeitstelle für eine Psychologin bzw. einen Psychologen in MV ● Erarbeitung von Empfehlungen für Behörden zur Genehmigung von Therapien, zur Klärung von Abschiebungshindernissen und zur Feststellung der Reisefähigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> ● Können den Anregungen des Flüchtlingsrat nicht folgen. Daher besteht auch für allgemeine Empfehlungen kein Bedarf ● PSZ gibt es ja ● Gesundheitsämter sind unter Beachtung der Rechtsprechung in der Lage, die Beurteilung zur Feststellung der Reisefähigkeit vorzunehmen 	<ul style="list-style-type: none"> ● Wie der Einsatz organisiert werden kann, ist im Blick auf die Vermeidung langer Wartezeiten zu prüfen ● Schulung von und Handlungsempfehlungen an Behörden 	<ul style="list-style-type: none"> ● Finanzierung einer unabhängigen Begutachtung im Rahmen einer Vollzeitstelle 	<ul style="list-style-type: none"> ● Notwendigkeit der Förderung einer Vollzeitstelle sollte geprüft werden. ● Empfehlungen für Behörden im Sinne einer einheitlichen Praxis sind grundsätzlich sinnvoll. 	<ul style="list-style-type: none"> ● Resettlement, u. a. auch als Alleingang von MV ● Daraus folgt: PsychologInnen notwendig ● Psychosoziale Dienste der Kreise und kreisfreien Stellen endlich vollständig besetzen! <p>Ist auch im Interesse der Mehrheitsgesellschaft.</p>
<p>7. UMF</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Erarbeitung allgemeiner Hinweise für Jugendämter zum Umgang mit UMF ● private Vormünder Amtsvormündern vorziehen ● Durchführung von Clearingverfahren nach verbindlichen Kriterien ● Verlängerung der Schulpflicht für UMF auf 12 Jahre, damit auch 16-17-jährige von Schulbesuch profitieren können 	<ul style="list-style-type: none"> ● Allgemeine Hinweise gibt es bereits ● geringe Zahlen → Einrichtung einer Clearingstelle unnötig ● Allgemeine Schulpflicht besteht nach §§ 41 Landesschulgesetz bis längstens zum 18. Lj.. Das gilt auch für UMF 	<ul style="list-style-type: none"> ● Amtsvormundschaft nur noch für 50 Mündel gemäß Bundesgesetz ● für Clearingverfahren ● Verlängerung der Schulpflicht wird kritisch gesehen, besser: Recht auf Schulbildung und Schulabschluss nach dem 16. Lebensjahr 	<ul style="list-style-type: none"> ● Verbesserung der Betreuung von UMF ● private Vormünder werden vorgezogen 	<ul style="list-style-type: none"> ● Verbesserung der Betreuung von UMF ● Maßnahmen im Einzelnen prüfen 	<ul style="list-style-type: none"> ● Clearingstelle, die Clearingverfahren bündelt und ● Hinweise erarbeitet und verpflichtende Weiterbildung für alle UMF-betreuenden Vormünder ● siehe unten: Integration und Schule: Recht auf Bildung und Schulabschlüsse → ggf. Sonderprojekte auflegen

Fragestellung	CDU	LINKE	FDP	SPD	Grüne
<p>8. Abschiebehaft</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Im Durchschnitt 10 männliche Personen in JVA Bützow • Zugang zu RA und Beratung auf eigene Kosten möglich • JVA-Angestellte stehen für alle Fragen und Probleme offen • Weibliche Abschiebende werden in Eisenhüttenstadt untergebracht • geringe Fallzahlen → gesonderte Einrichtung nicht zu begründen • Änderung der gegenwärtigen Praxis nicht beabsichtigt 	<ul style="list-style-type: none"> • Kritik an Unterbringung in Bützow • Räumliche Trennung in der JVA Bützow • Abschiebungen abschaffen 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine „Kriminalisierung“ durch schnelle Abschiebehaft • halten an Abschiebehaft als „ultima ratio“ fest • dabei aber Grundrechte beachten • Überprüfung im Lichte der Vorgaben der EU-Rückführungsrichtlinie 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschiebehaft ist räumlich und organisatorisch getrennt. • Rückführungsrichtlinie beachten • grundsätzliche Begrüßung der Rückführungsrichtlinie, wegen fehlender oder schlechterer Standards in vielen Staaten 	<ul style="list-style-type: none"> • gegen Abschiebehaft, weil unter Strafvollzugsbedingungen rechtswidrig. → abschaffen • Haftbedingungen ändern und Zugang zu Seelsorge, Beratung und Rechtsanwälten gewährleisten.
<p>Über das Gefragte hinaus:</p>	<p>Wünsche für erfolgreiche Arbeit</p>	<p>Bisherige Parlamentarische Arbeit in Bund und Land</p>			<p>Weitere Sachverhalte und Vorhaben, die auch für Flüchtlinge gelten sollen:</p> <p><i>Integration und Schule:</i> Recht auf einen Schulabschluss, höheres Deutschstundenkontingent,</p> <p><i>Integration und Arbeitsmarkt:</i> Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen/ Landesenerkennungsgesetz, Erhalt der IFDM;</p> <p><i>Integration und politische Partizipation:</i> Kommunales Wahlrecht für Nicht EU-BürgerInnen/ Bundesratsinitiative, Kommunale Ausländerbeiräte;</p> <p><i>Integration versus Ausgrenzung:</i> Abschaffung des AsylBLG/ Bundesratsinitiative, Humanitäres Bleiberecht/ Bundesratsinitiative;</p> <p><i>Integration und Interkultur:</i> MigrantInnenselbstorganisationen fördern, interreligiöser Dialog, interkulturelle Bildung.</p>